

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsprechers
für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

Abschiebung kann Leben retten!

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/682

während der Plenarsitzung vom 18.04.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Beginn, Herr Kollege Holsten, gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Jungferrede, in der Sie einem Thema, das niveaulos angesetzt worden ist, mit Niveau begegnet sind. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Abschiebung kann Leben retten!“ lautet die Überschrift des Antrages der AfD. Die Fragestellung ist ja: Wo wird Leben gerettet? - Es wird suggeriert, dass es hier bei uns gerettet wird. Dem Thema wird man ja nicht gerecht, wenn man wirklich Leben retten will. Will man ihm gerecht werden, muss man sich damit befassen, dass es weltweit Auseinandersetzungen, Terror sowie Anschläge gibt. Sie werden von Menschen verübt, die das aus religiösen, aber auch aus anderen - z. B. politischen - Gründen tun. Es gibt eine vermehrte Anzahl von Menschen, die Amok laufen. Das passiert weltweit. Es ist selbstredend, dass wir uns hier in unserem Land schützen. Dafür müssen wir dieser kriminellen Gewalt bzw. dem Terror begegnen, indem wir alle Maßnahmen, die wir in unserem Rechtsstaat haben, anwenden - und zwar vollkommen gleichgültig, vor welchem Hintergrund jemand solche Gewalt ausübt. Das müssen wir konsequent tun.

Wir müssen aber auch - das ist uns auferlegt, weil so etwas weltweit vorkommt - mit anderen Staaten zusammenarbeiten. Es nützt uns nichts, wenn wir einen Gewalttäter nach Tunesien ausweisen und er dort Anschläge verübt. Vielmehr müssen wir mit diesen Staaten zusammenarbeiten und darauf hinweisen, welches Potenzial an Gewalt vorhanden ist. Weiter müssen wir alle Möglichkeiten, die wir jetzt anwenden, um Menschen von diesem Weg, gewalttätig bzw. so niveaulos zu werden, wegzubekommen, ganz konsequent weiterentwickeln.

Wir müssen uns auf der einen Seite schützen, indem wir eine konsequente Anwendung unseres Rechtssystems vollziehen und unsere Sicherheitskräfte stärken.

Daneben müssen wir andererseits den Menschen, die in diese Gewaltsituation durch die Medien - vor allen Dingen auch durch soziale Netzwerke - hineingetrieben worden sind, einen Weg aufzeigen, wie sie da wieder herauskommen können.

Das nützt uns aber nicht, wenn wir nicht auch die europäische Zusammenarbeit stärken. Wir müssen - das haben wir bei den Anschlägen in Paris und an vielen anderen Orten gesehen - diese Zusammenarbeit stärken, um weltweit in die Lage versetzt zu werden, uns gegen diese Gewalt zu schützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer dieses Thema der Radikalisierung und der Gewalt so niveaulos behandelt, der will kein Leben retten, sondern er will einfach nur populistisch bei sich eingezahlt bekommen.

Das, meine Damen und Herren, ist menschenverachtend und gehört nicht in einen demokratischen Staat. Vielmehr müssen wir hier um die richtigen Wege im Rechtsstaat streiten - und nicht über Populismus. Sie erkennen ja schon, wenn eine Tat mal eben gerade begangen worden ist, wer sich da im Hintergrund befindet. Das sieht man an dem Fall von Münster. Sie haben überhaupt kein Interesse an sachlicher Information oder Auseinandersetzung, sondern Sie wollen nur populistisch Häschiere betreiben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist etwas, was wir nicht mittragen.

Wir sagen ganz deutlich: Stopp für eine solche Politik, Stopp für solche Aktuellen Stunden, Ja zum Leben, und zwar weltweit - und das mit unseren Sicherheitskräften!

Vielen Dank.